

ÄNDERUNGSANTRAG

der Fraktion DIE LINKE

zu der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses
- Drucksache 7/1310 -

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
- Drucksache 7/900 -

Entwurf eines Haushaltsgesetzes 2018/2019 und eines Verbundquotenfestlegungsgesetzes 2018/2019

und der Unterrichtung durch die Landesregierung
- Drucksache 7/898 -

Mittelfristige Finanzplanung 2017 bis 2022 des Landes
Mecklenburg-Vorpommern einschließlich Investitionsplanung

hier: Einzelplan 10 - Geschäftsbereich des Ministeriums für Soziales, Integration und Gleichstellung

Der Landtag möge beschließen:

Für den Einzelplan 10 Ministerium für Soziales, Integration und Gleichstellung
Kapitel 1019 Familienpolitik

wird ein neuer Titel „Landesaktionsplan für die Gleichstellung und Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt in Mecklenburg-Vorpommern“ eingeführt.

In dem Titel „Landesaktionsplan für die Gleichstellung und Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt in Mecklenburg-Vorpommern“ werden für die Jahre 2018 und 2019 jeweils Mittel in Höhe von 200,0 TEUR eingestellt.

Die Deckung erfolgt aus:

Einzelplan 11	Allgemeine Finanzverwaltung
Kapitel 1108	Verstärkungsmittel
Titel 548.01	Mehraufwand an sächlichen Verwaltungsausgaben

Der Ansatz wird in den Haushaltsjahren 2018 und 2019 jeweils um 200,0 TEUR auf 7.800,0 TEUR reduziert.

Die Finanzierung ist in der Höhe in der Mittelfristigen Finanzplanung ab 2020 festzuschreiben.

Simone Oldenburg und Fraktion

Begründung:

Wie aus der Kleinen Anfrage des Abgeordneten Peter Ritter „Stand der Umsetzung des Landesaktionsplans für die Gleichstellung und Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt in Mecklenburg-Vorpommern“ vom 27.07.2017 (Drucksache 7/746) hervorgeht und erneut auf der Fachtagung „Landesaktionsplan Vielfalt - Bilanz und Ausblick“ am 09.10.2017 deutlich wurde ist, ist die Umsetzung der Maßnahmen und Vorhaben noch nicht wesentlich vorangeschritten bzw. hat teilweise noch nicht einmal begonnen. Spätestens in drei Jahren soll jedoch laut Landesaktionsplan in Kapitel III „Ausblick“ Bilanz gezogen werden. Um hierfür überhaupt Erreichtes, Erfolge und gesellschaftliche Veränderungen vorweisen zu können, muss die Umsetzung des Landesaktionsplanes deutlich intensiviert werden. Die Einrichtung eines eigenen Haushaltstitels soll die Umsetzung voranbringen, finanziell unterlegen und mehr Transparenz ermöglichen. Aus den bereitgestellten Mitteln soll mindestens eine Personalstelle für die Koordinierung der Maßnahmen und zielgerichteten Umsetzung des Landesaktionsplanes eingerichtet werden. Die weiteren Mittel sollen für konkrete Maßnahmen zur Umsetzung der Vorhaben in den sechs Handlungsfeldern zur Verfügung stehen.

Die Umsetzung der Maßnahmen erfolgt laut Antworten der Landesregierung auf die Fragen der Fraktion DIE LINKE bislang im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel und vorhandenen Personalstellen. Dass dies nicht zielführend ist und das Vorhaben nicht vorangebracht wird, zeigt die Zwischenbilanz.